

## Antrag

der SPD-Fraktion  
der Fraktion DIE LINKE

### **auf Erweiterung des Auftrages der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ (Drucksache 5/554)**

Der Landtag Brandenburg möge beschließen:

1. Der Antrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ (Drucksache 5/554) wird gemäß § 1, Absatz 3 Satz 2 des Gesetzes über die Enquete-Kommissionen des Landtages wie folgt erweitert:

„Die Enquete-Kommission wird des Weiteren beauftragt, Verlauf und bisherige Ergebnisse des Transformationsprozesses im Land Brandenburg zu untersuchen. Sie soll der Frage nach postdiktatorischen Transformationsdefiziten nachgehen und daraus Vorschläge für die weitere Konsolidierung der demokratischen Verhältnisse im Land ableiten.

Im Einzelnen sollen dabei vor allem folgende Fragen eine Rolle spielen:

- Auf welchen Wegen ist es in Brandenburg im Verlauf des Transformationsprozesses gelungen, ein den spezifischen Voraussetzungen dieses Landes angemessenes, zukunftsfähiges und nachhaltiges ökonomisches Modell zu entwickeln?
- In welchem Maße ist es im Verlauf der Transformation gelungen, ein identitätsfähiges Gemeinwesen zu errichten, dem sich prinzipiell alle Bürgerinnen und Bürger zugehörig fühlen konnten? Wie steht es im Ergebnis der Transformation um die „demokratische Konsolidierung der politischen Kultur“ (Wolfgang Merkel) in Brandenburg?
- In welchem Spannungsverhältnis standen im Verlauf des ergebnisoffenen Prozesses der Transformation die politischen Ziele, *einerseits* größtmögliche politische und soziale Integration und Systemkonsolidierung zu erreichen und *andererseits* die Aufarbeitung der SED-Diktatur voranzutreiben? Wie wurde dieses Spannungsverhältnis aufgelöst? Wie hätte es besser aufgelöst werden können?
- Gibt es in Brandenburg gesellschaftliche Gruppen, die den Anschluss an die Dynamik des Transformationsprozesses verpasst haben? Welche konkreten Versäumnisse können benannt werden? Worauf gehen sie zurück?

- Wie haben sich die Veränderungen der Eigentumsstruktur (Arbeit der Treuhand, Unternehmensneugründungen, Privatisierung von Wäldern, landwirtschaftlichen Flächen und Seen) auf die Einkommens- und Vermögensstruktur und auf das soziologische Gefüge der Bevölkerung ausgewirkt?
- Welche langfristigen Auswirkungen - positiv wie negativ - hatte die starke Orientierung an den institutionellen, rechtlichen und organisatorischen Vorgaben des westdeutschen Modells?
- Die Funktionseliten nahezu aller prägenden gesellschaftlichen Subsysteme Brandenburgs (Verwaltung, Recht, Wissenschaft, Wirtschaft - weniger Politik, Kultur, Sport) wurden zunächst in hohem Maße aus der alten Bundesrepublik rekrutiert beziehungsweise mussten von dort rekrutiert werden müssen. Wie ist ihre Arbeit zu bewerten? Wie sehen die soziologischen Folgen dieser Konstellation aus?
- Mit komparativem Blick auf die Transformationserfahrungen der anderen ostdeutschen Bundesländer sowie postkommunistischer Staaten in Mittel- und Osteuropa: Was ist in Brandenburg besser gelungen als anderswo? Auf welchen Gebieten lässt sich - soweit noch möglich - von anderen lernen?“

2.

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur ist berechtigt, an allen Sitzung der Enquete-Kommission mit beratender Stimme teilzunehmen.

### **Begründung:**

In seinem Jubiläumsjahr 2010 blickt das Land Brandenburg zurück auf zwei Jahrzehnte post-kommunistischer Transformation. Diese Zeit des Umbruchs hin zur freiheitlichen, rechtsstaatlichen und sozialen Demokratie war gerade in ihren Anfangsjahren gekennzeichnet durch gravierende Veränderungen nahezu sämtlicher Aspekte der gesellschaftlichen Ordnung. Diese Veränderungen wirkten bis tief hinein ins alltägliche Leben nahezu aller Bürgerinnen und Bürger. Zeitgleich wurden Politik, Verwaltung, Recht, Wirtschaft komplexen institutionellen, organisatorischen und personellen Erneuerungsprozessen unterzogen, die sich überdies noch - Stichwort Interdependenz - wechselseitig beeinflussten. Unter hohem Zeit- und Handlungsdruck mussten effiziente staatliche und kommunale Strukturen überhaupt erst neu errichtet werden. Zu bewältigen war der Übergang von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft; Eigentumsverhältnisse unterlagen rapidem Wandel. Derweil existierte eine strukturierte Zivilgesellschaft erst in Ansätzen.

In der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung ist diese Konstellation als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ bezeichnet worden: Kaum existierende oder gerade erst entstehende Strukturen, Institutionen und Organisationen müssten angesichts des enormen Veränderungsdrucks eigentlich bereits einwandfrei funktionieren, waren dazu aber - eben aufgrund der bestehenden Umbruch- und Aufbausituation - gerade in dieser Phase noch längst nicht hinreichend in der Lage. Unmittelbar verwoben mit der Herausforderung, den Aufbau einer tauglichen demokratischen Ordnung voranzubringen, ist das Problem der politischen, juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der vorausgegangenen diktatorischen

Vergangenheit. Dabei stellte sich vor allem die Frage, welche Rolle die vormaligen Funktionseliten und Mitläufer des kommunistischen Systems (etwa Angehörige der Staatspartei SED sowie der Blockparteien) und im Besonderen Mitarbeiter der Geheimdienste der DDR unter den Bedingungen der neuen freiheitlich-demokratischen Ordnung spielen konnten und sollten.

Hinsichtlich dieser Ausgangslage unterschieden sich Brandenburg - und Ostdeutschland insgesamt - zunächst nicht von anderen postkommunistischen Transformationsgesellschaften in Europa. Was die ostdeutsche Konstellation allerdings im Vergleich besonders, ja sogar einzigartig machte, war zum einen der Umstand, dass mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ein fertiger rechtlicher und institutioneller Rahmen für den Neubeginn von Anfang an zur Verfügung stand. Zum anderen konnte dieser formale Rahmen mit Hilfe von zahlreich vorhandenem bundesrepublikanischem Personal, den so genannten Aufbauhelfern, nahtlos gefüllt werden. In Verwaltung, Rechtsprechung, Wissenschaft, Ökonomie sowie auf weiteren Gebieten des gesellschaftlichen Lebens war es somit auf dem Gebiet der vormaligen DDR in den folgenden Jahren möglich, deutlich schneller als in anderen europäischen Transformationsgesellschaften vergleichsweise effizient funktionierende Verhältnisse auf den Weg zu bringen. Dabei bildeten in institutioneller, territorialer und personaler Hinsicht vor allem die 1990 neu gegründeten Bundesländer den Bezugsrahmen, in dem sich die Transformation in ihrer jeweils spezifischen Form vollzog.

Zwanzig Jahre nach der Gründung des Landes Brandenburg kann die „Periode der außergewöhnlichen Politik“, geprägt von rascher Veränderung, Instabilität, Ergebnis-offenheit und weitgehender Ungewissheit über das Gelingen des Transformationsprozesses, als weitgehend abgeschlossen gelten. Brandenburg hat sich, auch in den Augen der Bürgerinnen und Bürger, als funktionstüchtiges und Identität stiftendes Gemeinwesen etabliert. Angesichts der Konsolidierung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist es nun an der Zeit, im Rahmen einer parlamentarischen Enquete-Kommission zu untersuchen, auf welchen Gebieten der Aufbau und die Modernisierung des Landes aufgrund des hier eingeschlagenen Transformationspfades erfolgreich verlaufen sind.

Zu fragen ist zugleich aber auch, welche gegenwärtigen Defizite sich auf spezifische Eigenheiten des Brandenburger Weges in die freiheitliche Demokratie und soziale Marktwirtschaft zurückgeführt werden können. Sollen mit dieser Enquete-Kommission nützliche Erkenntnisse für den weiteren Weg Brandenburgs im 21. Jahrhundert gewonnen werden, darf es folgerichtig nicht allein retrospektiv um die „Aufarbeitung der Vergangenheitsaufarbeitung in Brandenburg“ gehen - so wichtig dieser Teilaspekt ist. In den Blick genommen werden muss vielmehr die gesamte komplexe Systemtransformation der vergangenen 20 Jahre in ihrer spezifischen Brandenburger Ausprägung, mit ihren Vorzügen und Nachteilen. Auf diese Weise können, wo immer noch möglich, *zukunftsgerichtet* verwertbare Einsichten über Verbesserungs- und Veränderungsnotwendigkeiten gewonnen werden.

Die wissenschaftliche Transformationsforschung geht angesichts der Erfahrungen mit dem Aufbau von postautoritären Demokratien davon aus, dass deren „positive“ Konsolidierung (Geoffrey Pridham, Wolfgang Merkel) weit längere Zeiträume in Anspruch nimmt als nur die auf die Eliten bezogene „negative“ demokratische Konsolidierung. Die auf die Eliten bezogene „negative“ Konsolidierung kann in Brandenburg als erfolgreich und weitgehend abgeschlossen betrachtet werden – die relevanten politischen und sozialen Akteure verfolgen ihre Interessen und Ziele innerhalb, nicht außerhalb und schon gar nicht gegen die demokratischen

Institutionen. Der Stand der demokratischen Konsolidierung muss aber, so Wolfgang Merkel, auf vier analytischen Ebenen untersucht werden: Neben der konstitutionellen, die Strukturen betreffenden, und der repräsentativen, die Parteien und Interessenverbände betreffenden Konsolidierung muss dabei auch nach der Verhaltenskonsolidierung bei mächtigen informellen Akteuren und nach dem Zustand der Bürgergesellschaft gefragt werden. Die Einsetzung einer Enquete-Kommission, die sich mit der Aufarbeitung der Geschichte *und* der Überwindung der Folgen der SED-Diktatur 20 Jahre nach der Neugründung des Landes Brandenburg beschäftigt, erweist sich vor diesem Hintergrund als besonders sinnvoll.

Aufgabe der Enquete-Kommission muss es so gesehen sein, aus der Analyse der Gründungs- und Transformationsgeschichte Brandenburgs praktisch verwertbare Vorschläge und Empfehlungen für die weitere Ausgestaltung des Landes in den vor uns liegenden Jahren zu generieren. Ihren Zweck erfüllt die Enquete-Kommission, sofern es ihr gelingt, mit Hilfe der Untersuchung des bisher zurückgelegten Weges einen konstruktiven Beitrag zur Brandenburger Selbstverständigung und, gewissermaßen, zum weiteren „nation building“ zu leisten - und damit mittelbar dazu, dass Brandenburg und seine Bürger einer besseren Zukunft entgegensehen können.

Dr. Dietmar Woidke  
SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser  
Fraktion DIE LINKE